

KURZ UND KOMPAKT

Wahlplakate der CVP Unterwallis sabotiert

In mehreren Regionen des Wallis sind Wahlkampfplakate der CVP Unterwallis für die eidgenössischen Wahlen im Oktober sabotiert worden. Die Partei erstattete Anzeige gegen unbekannt, wie sie am Mittwoch mitteilte. Die CVP Unterwallis verurteilt die «unmotivierten Handlungen» und ruft die Täter dazu auf, sich auf respektvolle Art und Weise an der demokratischen Debatte zu beteiligen. Nach Angaben der Partei wurden in mehreren Regionen des Kantons Wahlkampfplakate der CVP des französischsprachigen Unterwallis mit «verleumderischen und deplatzierten» Aufschriften verschmiert und zum Teil auch gestohlen. **sda**

Drei neue Studiengänge an der HES-SO

Die grösste Fachhochschule der Schweiz, HES-SO, passt ihr Ausbildungsangebot der gesellschaftlichen Entwicklung und den Bedürfnissen der Fachwelt an und bietet im Studienjahr 2019/2020 drei neue Masterstudiengänge in Psychomotorik, Innenarchitektur und Raumplanung an. Die Ausbildungen der HES-SO stossen bei Studierenden und Arbeitgebern nach wie vor auf grosses Interesse. Die Zahl der Studierenden, die sich für das erste Semester eines Bachelorstudiums eingeschrieben haben, hat sich um 1,4 Prozent erhöht.

Wie bereits im Vorjahr verzeichneten die beiden Ausbildungsbereiche Wirtschaft und Dienstleistungen sowie Gesundheit den stärksten Zuwachs (+1,8 Prozent), was angesichts des Fachkräftemangels in den damit verbundenen Berufen eine erfreuliche Entwicklung ist.

In den anderen vier Bereichen (Design und bildende Kunst, Ingenieurwesen und Architektur, Musik und darstellende Künste, Soziale Arbeit) sind die Studierendenzahlen konstant geblieben. Insgesamt sind über 21000 Studierende in der Grundausbildung (Bachelor und Master) und der Weiterbildung (EMBA, MAS, DAS, CAS) eingeschrieben, was den Status der HES-SO als grösste Fachhochschule der Schweiz bestätigt.

Um den Bedürfnissen der Fachwelt und den grossen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, erweitert und entwickelt die HES-SO ihr Ausbildungsportfolio kontinuierlich. So eröffnet sie in diesem Jahr drei neue Masterstudiengänge. **wb**

Farbenfrohes Kulturzentrum

Denkmaltage. Les Arsenaux treibt bunt. FOTO MEIER + ASSOCIÉS ARCHITECTES, LAURENT MIRANDA

Am Freitag, 13. und Samstag, 14. September 2019, geht es im Kulturzentrum Les Arsenaux in Sitten bunt zu! In Partnerschaft mit den europäischen Tagen des Denkmals wird das Wochenende von der Abteilung Kulturförderung der Dienststelle für Kultur, vom Pulp Festival und von Kultur Wallis organisiert. Walliser Künstler werden den Ort in festlichen Beschlag nehmen. Es finden eine riesige Silent Party, ein Musikbrunch, Besuche des Ausstellungsraumes für zeitgenössische Kunst «Lemme» sowie der Innen- und Aussenbereiche, Konzerte, Performances und Lesungen statt. **wb**

Tourismuspolitik | Zehn Millionen Franken mehr über Zeitraum von vier Jahren

Ständerat will Tourismus mit mehr Geld fördern

BERN/WALLIS | Der Ständerat will die Bundesgelder für den Tourismus für den Zeitraum von 2020 bis 2023 von 220,5 auf 230 Millionen Franken erhöhen. Laut Beat Rieder ist das viel zu wenig. Der Nationalrat war dem Bundesrat gefolgt und hatte sich wider eine Erhöhung ausgesprochen.

Damit ist jetzt wieder der Nationalrat am Zug. Die grosse Kammer hatte mit ihrer Position auch im Ständerat ihre Vertreter. Peter Föhn (SVP/SZ) mahnte, es würden auch viele andere Branchen kränkeln und wollten unterstützt werden. Er warnte zudem vor den Folgen des Rahmenabkommens mit der EU. Die Unterstützung für Schweiz Tourismus würde als staatliche Beihilfe eingestuft, sollte das Abkommen in Kraft treten.

«Verdient Unterstützung»

Von linker Ratsseite kritisierte Anita Fetz (SP/BS), es fehle eine Strategie, die dem Wandel Rechnung trage. Wie diese auszusehen hätte, weiss allerdings auch sie nicht. Mit dem Hinweis, dass in der Schweiz «einige Regionen zu viele und andere zu wenige Touristen haben und man deshalb auf Klasse statt Masse setzen soll», ist der Branche auch nicht geholfen. Hans Stöckli (SP/BE) war pragmatischer. Er sagte, die zusätzlichen Mittel würden gebraucht, um den Binnenmarkt zu stärken und die europäischen Touristen wieder vermehrt in die Schweiz zu locken, «auch wegen des ökologischen Fussabdrucks».

Der Präsident der zuständigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), Pirmin Bischof (CVP/SO), bekräftigte die besondere Position des Fremdenverkehrs in der Wirtschaft, «vor allem in den Berggebieten». Die Branche habe dort ein besonderes Gewicht und verdiene Unterstützung. Dem Antrag der Kommissionsmehrheit

wurde mit 33:9 Stimmen deutlich stattgegeben.

In die Diskussion um die Mittel der Agentur für Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) mischte sich auch der Walliser Ständerat Beat Rieder (CVP) aktiv ein. Er verwies auf die Bedeutung von Innotour, die insbesondere in den Berggebieten helfe, namentlich bei der Unterstützung von Hotel-Kooperationen. Rieder: «Vor allem Familienbetriebe führen einen Überlebenskampf.» Hier wurden schliesslich die Mittel mit 30:13 Stimmen von 22,8 auf 30 Millionen Franken erhöht. Damit folgte der Ständerat dem Nationalrat. Der Bundesrat war auch hier gegen eine Erhöhung des Budgets. Kommissionspräsident Martin Schmid (FDP/GR) bezeichnete Innotour als die «KTI des Tourismus». Die KTI ist die Kommission für Technologie und Innovation hinter Innosuisse.



Wandern im Grimselgebiet. Die Tourismusbranche hat für die Berggebiete eine massgebliche wirtschaftliche Bedeutung. FOTO KEYSTONE

«Zwei zusätzliche Millionen jährlich für den Tourismus sind reine Erbsenzählerei»

Beat Rieder, Ständerat

Der Tourismus zählt per Definition zur Exportwirtschaft. Der Exportförderung wurde eine Erhöhung der Mittel zugesprochen. Sie soll nach dem Willen des Ständerates neu 94 Millionen Franken erhalten. Bundesrat und Nationalrat hatten sich auf 90,5 Millionen Franken verständigt.

Das Gesamtbudget für die Standortförderung beträgt gemäss Ständerat für den Zeitraum 2020 bis 2023 neu 393,3 Millionen Franken. Die Version des Nationalrates

kommt auf 380,3 Millionen Franken, der Bundesrat hat in seiner Variante 373,1 Millionen beantragt. Wirtschaftsminister Guy Parmelin widersprach der Behauptung, der Bundesrat habe gegenüber der laufenden Förderperiode eine Senkung der Mittel beantragt. Im Budget habe das Parlament für die Tourismusförderung lediglich 210,7 Millionen Franken gutgeheissen. Demgegenüber wolle auch der Bundesrat eine leichte Erhöhung.

Rieder bezeichnet die Erhöhung der Tourismusförderung von zehn Millionen Franken über vier Jahre als völlig kleinlich. «Die Bedeutung der Branche wird von vielen im Parlament völlig verkannt. Eine Erhöhung von jährlich zwei Millionen Franken ist deshalb lediglich Erbsenzählerei», so Rieder. «Man kann sich nur ärgern, wenn man sieht, wie hier andernorts Millionen verschleudert werden.» **tr/sda**

Wirtschaft | Schweiz unterstützt asiatische Bank mit 706 Millionen

Absurde Investitionen

BERN/WALLIS | Ständerat Beat Rieder lüpfte es gestern im Parlament mal kurz den Hut. Während der heimische Tourismus mit mickrigen zusätzlichen zwei Millionen Franken unterstützt werden soll, erhält die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) vom Bund jährlich über 700 Millionen Franken.

Rieder wollte deshalb von Wirtschaftsminister Guy Parmelin wissen, wie es um die Investitionsprojekte der AIIB stehe, die 2015 von China gegründet wurde und seither von der Schweiz und anderen westlichen Ländern massgeblich finanziert wird. Und ob man da noch die Übersicht habe? Aus seiner Sicht werden da in Asien und Afrika Projekte finanziert, die nicht im Interesse der Schweizer Wirtschaft liegen. Im Gegenteil: Man fördere hier, zumindest indirekt, Infrastrukturen, die dem Wirtschaftsstandort Schweiz direk-



Kein Verständnis. Beat Rieder sieht die Wirtschaftsförderung lieber im Inland als in der Unterstützung einer chinesischen Bank. FOTO KEYSTONE

te Konkurrenz bescherten und Mitbewerber förderten. Laut Rieder werden von der AIIB auch Investitionen getätigt, die nichts mit der Förderung von Entwicklungs-, Umwelt- und Sozialstandards zu tun haben, die gemäss Bank der Bekämpfung der Armut dienen sol-

len. Er sähe die hier investierten Mittel lieber in die Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Parmelin stellte in seiner Antwort an Rieder eine direkte wie indirekte Unterstützung der chinesischen Wirtschaft in Abrede. Rieder will das Thema weiterverfolgen. **tr**

Verbot für bezahlte Mandate

BERN/WALLIS | Der Ständerat hat einer parlamentarischen Initiative von Beat Rieder (CVP/VS) stattgegeben. Laut Rieder sollen Mitglieder der Bundesversammlung keine bezahlten Mandate von Unternehmen oder Organisationen annehmen dürfen, die von rechtlichen Regelungen betroffen sein könnten, für deren Beratung jene Kommissionen zuständig sind, denen das Ratsmitglied angehört. Bei einer Kollision hat das Ratsmitglied entweder auf das Mandat oder auf den Kommissionssitz zu verzichten. Das brächte eine Entflechtung der Interessen von Politik und Wirtschaft, auch wenn diese in einem Milizparlament unvermeidlich und allenfalls gar erwünscht sind. Aber eben nicht in einer direkten finanziellen Abhängigkeit. Laut «Tages-Anzeiger» kassieren Parlamentarier allein durch Einsitze in Krankenkassen, Versicherungen und Banken jährlich 6,5 Millionen Franken. **tr**